

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktion: Durch unsern Sohn
für die ganze monatlich 120 Mark.
Bestellungen nehmen die Buchhändler
und die Anzeigen-Veranstaltungen
ein. — Erscheint wöchentlich.
Verleger: Anstalt Nr. 22.
Verlagsgesellschaft Erzgebirge.

Redaktion: Durch unsern Sohn
für die ganze monatlich 120 Mark.
Bestellungen nehmen die Buchhändler
und die Anzeigen-Veranstaltungen
ein. — Erscheint wöchentlich.
Verleger: Anstalt Nr. 22.
Verlagsgesellschaft Erzgebirge.

Nr. 273

Freitag, den 24. November 1922

17. Jahrgang

Die Konferenz von Lausanne.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Stadt Lausanne der Schauplatz weltwirtschaftlicher Verhandlungen ist. Und es ist auch nicht das erste Mal, daß sich in Lausanne Engländer und Italiener als Verhandlungspartner gegenüberstehen. Jährlich sind es etwa vier, als dort nach dem italienischen Tripoliskrieg die Friede zwischen Italien und der Türkei abgeschlossen worden ist. Jenseit vom Imperialismus vom Jaun gebrochenen Kriege, der die Balkan ins Rollen brachte, die im Laufe dieser zehn Jahre ein großer Teil der europäischen Zivilisation und Wirtschaft unter sich begrub.

Die Konferenz, die am 20. d. Mts. in der Stadt am Genfer See zusammengetreten ist, stellt ein Begründnis erster Klasse dar des Friedensvertrages von Sevres, der vor zwei Jahren von den Entente-Mächten der Türkei diktiert worden ist. Wenn sich jetzt Frankreich, England und Italien zusammengedrückt haben, um dem Orient wirklich und endgültig den Frieden zu geben, so hat die Türkei allen Grund, darauf stolz zu sein, daß sie dieses vor zwei Jahren noch unmöglich erscheinende erreicht hat. Von allen den im Weltkrieg unterlegenen Staaten ist sie der einzige, der es durch väterländische Begeisterung, durch Opfermut und Zähigkeit erreicht hat, daß das bisher so wüstbar gehütete Porzellan von Sevres von seinen eigenen Herstellern nunmehr zerlegt wird. Und der Mann, der im besonderen diesen Erfolg für sich buchen darf, ist der kluge und tapfere Kemal Pascha, der unter geschickter Ausnutzung der von der Türkei weit entfernten und immerläufiger Entente die nationalistische Türkei von Erfolg zu Erfolg und schließlich nach Lausanne geführt hat. Freilich, die türkischen Forderungen werden der Entente noch manche Ruß zu machen geben. Die Türkei will, kurz gesagt, ihre Unabhängigkeit wiederhergestellt sehen. Diese Forderung umschließt eine ganze Reihe schwerer Fragen, wie die endgültige Abschaffung der Kapitulationen, die Grenzziehung gegen Griechenland und dessen Kriegsschädigung, die Freiheit der Meerengen, wie die Türkei sie versteht, die Abgrenzung gegen Mesopotamien und Syrien und vieles andere mehr, was nur mit größter Vorsicht und mit nicht minder großem guten Willen geordnet werden kann. Es ist bekannt, daß in der Meerengenfrage England und Frankreich bisher nicht einig waren. Und es ist nicht abzusehen, ob eine Einigung über diese Frage in Lausanne von Dauer sein wird, wenn nicht von allem Anfang an Rußland als gleichberechtigter Faktor dabei mitzusprechen hat. Neuerdings hat es den Anschein, als ob man in Lausanne, um diese Gefahr zu vermeiden, den Russen doch ein Hintertürchen öffnen wird. Man hat beschlossen, die Meerengenfrage nicht einer Sonderkommission, sondern der ersten Kommission der allgemeinen Orientkonferenz zuzuwenden und Rußland in diese Kommission einziehen zu lassen. Da in dieser ersten Kommission auch alle anderen Fragen angeschnitten werden, so wird Rußland schließlich doch gleichberechtigter Teilnehmer an der Orientkonferenz sein. Die Teilnahme Rußlands aber wird für die Türkei von besonderer Bedeutung sein, da sie auf dessen Beistand unbedingt rechnen darf.

Im übrigen scheint die Konferenz von Lausanne auch eine Frucht zeitigen zu wollen, mit der bisher nicht gerechnet worden ist, nämlich die Erneuerung des Balkanbundes. Unter Führung des jugoslawischen Außenministers Nintschitsch haben sich die Hauptdelegierten von Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland zu einer Sonderkonferenz zusammengedrückt, die sich die Erneuerung des Balkanbundes nicht ohne Aussicht zum Ziel gesetzt hat. Es ist immerhin ein vielversprechendes Zeichen, wenn sich zwei Balkanstaaten, hier Griechenland und Bulgarien, soweit einigen, daß sie unter Mitwirkung der anderen Balkanstaaten, aber unter Ausschluß der Entente, den Versuch machen, Streitigkeiten unter sich zu schlichten. Es handelt sich dabei um den bulgarischen Anspruch auf den Zugang zum Ägäischen Meer. Mit Spannung wird man der weiteren Entwicklung dieses Zusammenstehens entgegensehen. Auch Deutschland, das auf der Orientkonferenz bekanntlich nicht vertreten ist, hat weltwirtschaftlich ein außerordentliches Interesse sowohl am Dardanellenproblem wie an der etwaigen Erneuerung des Balkanbundes. Wenn es das Übergewicht seiner Wirtschaft wiederherstellen und Reparationen bezahlen will, so bedarf es fester Entfaltung des Exportes nach allen Richtungen.

Die türkische Grenze.

Die erste Kommission (für territoriale und militärische Angelegenheiten, West- und Ost-Turkei) erörterte gestern die Frage der türkischen Grenzen. Zwei Punkte forderte die Grenz von 1918 und eine Selbst-

stimmung für Westtraktat. Dentschlos verlangte die Grenzen von 1918. Nintschitsch wandte sich an den Geist der Persönlichkeit und wünschte, daß die Grenze an der Maritsa gezogen werde unter Einmiltarierung einer bestimmten Zone. Er bekämpfte die Volksabstimmung. Luca (Rumänien) unterstützte die Annahme des türkischen Vorschlags. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Mussolinis Absichten.

Der italienische Ministerpräsident Mussolini verließ am Mittwoch nachmittag Lausanne, um in Rom Bericht zu erstatten. In kurzer Zeit wird er dann nach Paris reisen, wo er mit Poincaré über die Reparationsfrage konferieren will. Mussolini, der sehr offenerzig ist, verheißt nicht, daß Italien, wenn es wolle, die Entente auf schwerste gefährden könne, wenn nicht alle italienischen Ansprüche erfüllt würden. Italien würde niemals auf die Inseln des Dodekanes verzichten. Außerdem müßten die Mandate Frankreichs und Englands über Syrien und Palästina unter allen Umständen so abgeändert werden, daß Italien in keiner Expansion nicht im geringsten behindert werde. Italien müsse in der Türkei dieselben Konzessionen erhalten wie England und Frankreich. Nach diesen Erklärungen Mussolinis scheint die Einigkeit unter den drei Großmächten der Entente nicht so ausgezeichnet zu sein, wie allgemein vorgebildet wird. Es gibt anscheinend noch eine Dange Risse und Sprünge. Von zuverlässiger Seite in Lausanne verlautet, daß Poincaré von Mussolini gegenüber Deutschland wichtige Zugeständnisse erzielt habe. Mussolini halte das Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland für durchaus berechtigt und stehe auf dem Standpunkte, daß auch der Einfluß Rußlands auf Deutschland energisch bekämpft werden müsse. Sämtliche Verträge zwischen Frankreich und Italien sollen in kürzester Zeit neu aufgestellt werden. Frankreich will Italien große Zugeständnisse in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung machen, wofür Italien sich bereit erklärt haben soll, mit Frankreich eine militärische Konvention einzugehen, die in einigen Punkten mit der belgisch-französischen Militärkonvention Ähnlichkeit haben soll.

Soviel zeigt sich auch hier wieder: In bezug auf die Haltung gegen Deutschland ist die Entente trotz aller „Risse und Sprünge“ wieder einmal durchaus einig. Ein Pariser Telegramm übermittelt uns dazu noch eine Aeußerung Mussolinis, die ebenso gut aus dem Munde Poincarés hätte kommen können:

Deutschland kann und muß bezahlen!

Bei seiner Abreise aus Lausanne sagte Mussolini zu den anwesenden Journalisten: „Italien wird auch in der Reparationskommission seine Stimme hören lassen. Deutschland kann und muß bezahlen, und Italien wird an die Seite treten, die das verlangen.“

Rußlands Widerspruch.

Der Chef der russischen Handelsmission in Stalien Borowitsch erklärte einem Pressevertreter, Rußland unterstütze alle Ansprüche, wenigstens soweit sie bis jetzt bekanntgegeben wurden. Rußland wolle nicht zugeben, daß die Meerengen unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden, da der türkisch-russische Vertrag vorsehe, daß diese Frage mit allen beteiligten Mächten verhandelt werden müsse. Rußland sei auch für die Aufhebung der Kapitulationen, da es diese als einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Türkei betrachte.

Wendung in der englischen Reparationspolitik?

In einem Leitartikel zur Reparationsfrage schreibt „Times“, die Brüsseler Konferenz würde zwecklos sein, wenn nicht Großbritannien und Frankreich vorher eine Grundlage für die Einigung ergäben. An das Reparationsproblem und die interalliierten Schulden müsse in neuem Geiste herangetreten werden, bevor ein Uebereinkommen als machbar angesehen werden könne. Obgleich die Berichte über eine unmittelbare bevorstehende Umkehr der britischen Politik als mindestens verfrüht angesehen seien, so stehe doch die Note Balfours nicht die vollständig und reichlich bedachte Politik Großbritanniens dar. Es wäre ein kluger, staatsmännischer Schritt, wenn die britische Regierung ihren Ältesten klar mache, daß die Balfournote nicht das letzte Wort der britischen Politik bedeute.

Um eine vollständige Lösung des Reparationsproblems zu erzielen, würde die öffentliche Meinung in England eine kluge britische Initiative unterstützen, jedoch nicht eine Haltung, durch die England alle Ansprüche auf deutsche Zahlungen aufgäbe. Wenn die britische Regierung den Standpunkt einnehmen würde, daß die Balfournote nicht länger eine unabänderliche Grundlage ihrer Politik darstelle, so würde sie sicherlich günstig auf die öffentliche Meinung im Ausland, besonders Frankreich, einwirken.

Ein neuer amerikanischer Plan.

Wie aus New York berichtet wird, hat der Vorsitzende der International Trade Union, Clarence Owens, dem Southern Commercial Congress einen Plan zur Tilgung der interalliierten Schulden und der deutschen Reparationen vorgelegt. Nach diesem Plan werden alle Schulden in 66 Jahren durch die jährliche Verzinsung von Zinsen und einem weiteren halben Prozent vom Kapital beglichen. Der Plan fußt auf der Unterlegung der zugrundeliegenden wirtschaftlichen Bedingungen und setzt die deutschen Schulden auf 12 Milliarden Dollars fest. Owens sagt, dies sei der ungefähre Betrag, welchen Deutschland nach dem Urteil der Finanzfachverständigen bezahlen könne. Owens will diesen Plan Harding, Hughes und Hoover vorlegen.

Die Männer der neuen Reichsregierung.

Dr. Heine, ein Jurist, war der letzte königlich sächsische Justizminister, zeichnete sich in der Weimarer Nationalversammlung durch eifrige Mitarbeit an der Verfassung aus und übernahm im Kabinett Fehrenbach-Simons das Reichsjustizministerium. Ein Mann des Ausgleichs und des Entgegenkommens. Einer, der immer wieder betont hat, daß er unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehe. Heine hat bekanntlich in schwierigen Situationen im Gegensatz zu seiner Partei für das Kabinett Birch gestimmt.

Dr. Defer, einst Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, hat sich als preussischer Verkehrsminister erhebliche Verdienste erworben. Bisher ist er Landesoberpräsident der Provinz Sachsen in Merseburg. Eine aufrechte politische Persönlichkeit, ein harter demokratischer Charakter, der 4. D. während des Kapp-Zugstoches die Eisenbahnen mobil machte.

Dr. Becker (Hessen) war früher hessischer Finanzminister und ist zweifellos ein ungewöhnlich guter Finanz- und wirtschaftspolitischer Kenner. Aber ein Mann von starker Eigenart, um nicht zu sagen, Eigensinn. Man darf ihn ohne weiteres dem rechten Flügel der deutschen Volkspartei zuschreiben. Insofern ist er eine Belastung des Kabinetts. Um so mehr haben die anderen Mitglieder des Ministeriums die Pflicht, sich von ihm nicht von der mittleren Linie des Ausgleichs abdrängen zu lassen.

Müller (Wonn) ist ein politisch unbeschriebenes Blatt. Als Direktor der rheinischen Bauernkammer kennt er sich in den agrarischen Verhältnissen genau aus und dürfte dem Zentrum nahe stehen.

Stingl, der die Leitung der Post übernimmt, kommt aus dem bayerischen Staatsdienst, wo er vor der Verreichlichung Unterstaatssekretär des Verkehrsministeriums war. Ihm geht der Ruf eines korrekten Beamten mit großen Sachkenntnissen voraus.

Dr. Albert, der an die Spitze des Schatzministeriums tritt, ist in der Welt viel herumgekommen. Unter anderem war er Reichskommissar für die Weltausstellung in San Francisco nach der Revolution war er, nach dem Intermezzo des Herrn Baake, Chef der Reichskasse und schied aus diesem Posten erst, als Dr. Birch das Reichskassengericht übernahm. Eine gewandte, vielseitige und sympathische Erscheinung.

Sam, Mitglied der demokratischen Reichstagsfraktion, kommt aus der Justiz, war eine Zeit lang Staatsanwalt in München und wurde von den bayerischen Demokraten als Handelsminister in das Kabinett Rahr delegiert. Auch ihm fällt in dem neuen Kabinett, als Abtats des Reichskassiers, eine besondere politische Rolle zu. Wir wollen hoffen, daß er diese Aufgabe, dem Kassier in den Parteien und in der Öffentlichkeit das Terrain für die großen Linien seiner Politik zu bereiten, mit Erfolg erfüllen wird.

Dr. Brandt endlich, der an die Stelle Dr. Diersch als Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums tritt, war ursprünglich Syndikus der Düsseldorfener Handelskammer, hat sich wiederholt in demokratischem Sinne publizistisch betätigt und wurde vor nicht sehr langer Zeit als Nachfolger Dr. Goebbers auf den Posten eines Syndikus des deutschen Industrie- und Handelsstages nach Berlin berufen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. November.

Der erste Punkt der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, wurde nach dem Wunsch des Reichskassiers Guno auf morgen vertagt und darauf die Beratung der Geschäftsordnung fortgesetzt. Udg. Kays (Dem.) weist darauf hin, daß in England die Anfragen das Mittel der Opposition sind, um die Regierung zu verhaften. Die Anfragen bestehen dort meist nur in einem Satz, die Antworten oft in einem Pa oder Paaren. Bei uns haben sich die kleinen Anfragen vielfach zu einem parlamentarischen Ungeheuer ausgewachsen. (Zustimmung.) Udg. Schmidt-Sachsen (Sog.) stellt mit Bedauern fest, daß die Einrichtung der kleinen Anfragen sich bei uns völlig abgewirtschaftet habe. Udg. Dr. Oberling (Sog.) hält den jetzigen Zustand für unhaltbar und nimmt dem sozialdemokratischen Antrag zu. Der kommunistische Antrag, es beim bisherigen Brauche zu belassen, wonach jeder Abgeordneter beliebig viel Anfragen stellen kann, wird abgelehnt, der sozialistische Antrag, wonach zur Einbringung einer Anfrage 15 Unterschriften gehören, dagegen angenommen. Zur Einbringung einer Interpellation sind 30 Unterschriften notwendig.